

# Einleitung

## Die Erinnerung an den Arbeiterwiderstand – heute notwendiger denn je

Wer sich mit der Geschichte des antifaschistischen Widerstands in Deutschland beschäftigt, wird in der vorherrschenden Darstellung eine Reihe von zentralen Namen und Gruppen finden. Staatlicherseits wird an den 20. Juli 1944, das Attentat auf Adolf Hitler erinnert. Verbunden damit sind auch die Angehörigen des »Kreisauer Kreises« Teil der öffentlichen Erinnerung. Natürlich sind – nicht nur durch Film und intensive mediale Aufbereitung – die Geschwister Scholl sowie die Gruppe »Weiße Rose« bekannt. Nach langer Zeit des Beschweigens ist jetzt auch Georg Elser, der mit seinem gescheiterten Attentat im Münchener Bürgerbräu-Keller den Krieg verhindern wollte, in der öffentlichen Aufmerksamkeit.

In zahlreichen Darstellungen findet man Hinweise auf die aufrechte Haltung von Angehörigen der christlichen Kirchen, die für ihre Überzeugung selbst Verfolgung und KZ-Haft in Kauf nahmen. Für die ersten Monate des Jahres 1933 liest man manchmal noch etwas von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels und seiner Ansprache im Reichstag gegen das »Ermächtigungsgesetz«. Zumeist wird dies mit dem Hinweis auf das Verbot der SPD wenige Wochen später verbunden. In diesem Mainstream klafft jedoch eine erhebliche Lücke, weil der tatsächlich geleistete Massenwiderstand aus den Reihen der

Arbeiterbewegung weitgehend ausgeblendet oder in seiner realen Bedeutung minimiert wird.

Untersucht man den bekannten Umfang antifaschistischen Handelns der Arbeiterorganisationen, dann überrascht diese Ignoranz umso mehr. Zudem gab es Zeiten, in denen die Wahrnehmung dieser Thematik selbst in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft deutlich intensiver war. Aber das war weniger dem Gegenstand an sich gezollt, sondern dem Engagement der Zeitzeugen selbst. Und darüber hinaus auch einschlägiger Literatur aus der DDR.

Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg war es im gesellschaftlichen Bewusstsein durchaus präsent, dass Frauen und Männer aus den Reihen der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und dem vielfältigen Milieu der Arbeiterbewegung den zentralen Anteil am antifaschistischen Widerstand hatten.

Verbunden mit der politischen Restaurationspolitik in der Adenauer-Ära, in der die Täter und Mitläufer wieder in gesellschaftliche Funktionen kamen, wurde insbesondere die Erinnerung daran, dass es Menschen gab, die sich dem faschistischen Terror widersetzen, systematisch aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Der einzige Widerstand, der staatlicherseits gewürdigt wurde, waren bis in die Mitte der 1960er Jahre die Verschwörer des 20. Juli 1944, wobei in den Reihen der neugeschaffenen Bundeswehr selbst deren Handeln lange Jahre als »Landesverrat« galt. Verbunden mit dem zunehmenden gesellschaftlichen Interesse von nachgeborenen Generationen (Studenten, Schüler- und Lehrlingsbewegung) waren in der Folgezeit Angehörige des Arbeiterwiderstandes als Zeitzeugen gefragt und konnten Einfluss nehmen auf das historische Alltagsbewusstsein in der BRD. Das ging so weit, dass bei einer Befragung Mitte der 1980er Jahre etwa 80 % der Unter-65-Jährigen den antifaschistischen Widerstand als verdienstvoll bezeichneten.

In den 1980er Jahren kümmerte sich im Westen sogar die etablierte Wissenschaft um die Geschichte der Arbeiterbewegung. Damals erklärte man – in Konkurrenz zur Geschichtsforschung in der DDR –, dass es darauf ankäme, nicht nur die Rolle der Organisationen der Arbeiterbewegung, ihrer Parteien und Gewerkschaften zu untersuchen, sondern dass es um die Einzelnen gehen müsse, die für diese Ideale eingetreten seien, mit ihren Stärken und Schwächen, mit ihren Leistungen und Fehlern. Nur so würde die Realität der Arbeiterbewegung lebendig. Natürlich hat diese Fragestellung ihre Relevanz. So lange es noch Zeitzeugen, Frauen und Männer aus dem Widerstand, gab, die Auskunft geben konnten über Motive, Befindlichkeiten und innere Widersprüche, wurde damit das möglicherweise »glatte« Geschichtsbild differenzierter und realistischer. Doch darum ging es schon damals nicht. Im Fokus stand vielmehr, die Rolle der Organisation als handlungsleitende Struktur in Frage zu stellen.

Natürlich haben Behauptungen, dass der antifaschistische Widerstand in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches nur unter »Anleitung« einer Partei stattgefunden habe, mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Aber für die Akteure war es selbst dann, wenn sie keinen direkten Kontakt zu irgendwelchen zentralen Strukturen hatten, von eminenter Bedeutung, sich als Teil einer – im Idealfall – weltweiten Bewegung zu verstehen, so dass der möglicherweise bescheidene Beitrag, den man selber leisten konnte, auch in der Perspektive der Handelnden einem größeren Ganzen diene.

Diese Zeit ist längst vorbei. Nicht, dass die etablierte Wissenschaft diesen Bereich hinreichend erforscht und abgebildet oder eine andere Sicht auf das Verhältnis von Organisation und Individuum gefunden hätte. Nein, allein dem Grund, dass das Thema »Arbeiterbewegung« faktisch im herrschenden Geschichtsbetrieb weitgehend ausgeblendet wird, ist diese Absti-

nenz geschuldet. Und dieses Ausblenden hat seine ideologische Grundlage. Es geht heute nicht mehr um die Konfrontation mit der DDR-Forschung, sondern um die Etablierung eines Geschichtsbildes, in dem die Arbeiterbewegung faktisch keine Rolle mehr spielt.

Denn was könnte das Ergebnis einer Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung sein? Es wären Erkenntnisse, die möglicherweise Gebrauchswert bis heute hätten. Immerhin hat es die organisierte Arbeiterbewegung vermocht, eine politische Kraft zu werden, die wirkliche Veränderungen der sozialen und gesellschaftlichen Lage der arbeitenden Menschen in Deutschland durchsetzen konnte. Die organisierte Arbeiterbewegung formulierte – selbst unter den Bedingungen der Verfolgung und der schlimmsten Diktatur – gesellschaftliche Alternativen für eine sozialistische Entwicklung und eine Vision eines anderen Deutschlands, das nicht Krieg, Imperialismus, Großmachtpolitik und autoritärem Herrschaftsstil bedeutete.

Und als es unter der entsprechenden machtpolitischen Konstellation nach der Befreiung vom Faschismus möglich wurde, haben Arbeiterparteien und Gewerkschaften nicht nur Visionen entwickelt, sondern in einem Teil Deutschlands tatsächlich ein anderes politisches System aufgebaut, das für vier Jahrzehnte als Alternative zum bundesdeutschen Entwicklungsweg bestand.

Die Tatsache, dass manche dieser Entwicklungswege scheiterten, wobei viele Gründe auch in der eigenen Unzulänglichkeit zu finden waren, bedeutet nicht, dass die Wege grundsätzlich falsch waren, sondern dass diese Ziele, für die die Arbeiterbewegung eingetreten ist, aufgrund fehlender gesellschaftlicher Voraussetzungen nicht umgesetzt werden konnten.

So kann die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung dazu beitragen, die gegebenen Verhältnisse nicht als »unveränderbar« zu akzeptieren, sondern darüber nachzu-

denken, dass es soziale, politische und gesellschaftliche Alternativen zur heutigen Politik gibt.

Die gegenwärtige Ignoranz der Geschichtswissenschaft hat auch damit zu tun, dass in der ideologischen Auseinandersetzung versucht wird, die Erinnerung an politische Kämpfe, an gesellschaftliche Auseinandersetzungen um soziale Verbesserungen und politische Veränderungen zu verdrängen. Wo erfährt man noch davon, dass in der BRD z. B. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Fünf-Tage-Woche Ergebnis massiver Klassenauseinandersetzungen waren? Wenn heute Sozialabbau betrieben wird, kann man solche Erinnerungen nicht gebrauchen.

Und wer an die Verbrechen des deutschen Faschismus und an die Etablierung seiner Macht in Deutschland und Europa erinnert, wird zwangsläufig mit der Frage konfrontiert, ob es nicht auch Menschen gab, die sich Faschismus und Krieg entgegenstellten – und zwar nicht erst, als es bereits deutlich zu spät war – und die nach der militärischen Niederwerfung des deutschen Faschismus für die Bewahrung und Durchsetzung ihrer Ideale eintraten. Ihre Zahl, das ist bekannt, war in Deutschland nicht so groß wie in den meisten vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern. Die meisten von ihnen stammten aus den Reihen der Arbeiterbewegung. Es waren Frauen und Männer aus den Gewerkschaften, aus kommunistischen, sozialdemokratischen oder anderen sozialistischen Parteien. Sie formulierten Alternativen zur herrschenden Geschichtsauffassung und traten für gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen ein.

Wer den Lebensweg solcher Menschen verfolgt, den führt die Betrachtung zumeist auf die »Schattenseiten der Erfolgsgeschichte« der BRD. Solche Erinnerung verweist auf die »blinden Flecken« im bundesdeutschen Geschichtsbild, die auch durch die herrschende Geschichtswissenschaft produziert

werden. Dazu gehören z. B. die Ausgrenzung aller Ansätze für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn, die Forderungen und Vorstellungen für eine sozialistische Perspektive auch der Westzonen, die bis in die Landesverfassungen ihren Niederschlag fanden.

Dazu gehören der Kalte Krieg und seine innenpolitische Entsprechung durch KPD-Verbot, hysterische Kommunistenhatz, Bspitzelungen und systematische Existenzvernichtungen. Diese Entwicklung war nicht mit der Adenauer-Ära vorbei, sondern führte mit absurden Verdächtigungen gegen Gewerkschaftsfunktionäre und Berufsverböten seit den 1970er Jahren zu einem politischen Klima, in dem alternative Gesellschaftsmodelle undenkbar gemacht werden sollten.

Umso wichtiger ist daher die Erinnerung an den Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung, weist er doch nicht nur die längste Dauer auf, sondern umfasst auch die größte personelle und inhaltliche Breite. Viele tausend Frauen und Männer waren darin eingebunden, trotz Gefahr für ihre Freiheit, Gesundheit und sogar ihr Leben. Dieser Widerstand rief den massiven Terror des faschistischen Verfolgungsapparates hervor. Schon in der Weimarer Republik mit der SA und SS als Saalschlacht-Truppe, dann nach der Machtübertragung mit der staatlich organisierten Verfolgung mittels Gestapo und Lagersystem. Bestandteil des Terrorapparates war die Justiz mit ihren verschiedenen Instanzen und Institutionen.

Sinngemäß antwortete Bertolt Brecht auf die Frage, ob es denn einen Widerstand in Deutschland gäbe, mit dem Hinweis auf diesen Verfolgungsapparat, der genau deshalb nötig sei.

In der folgenden Darstellung werden Begriffe wie »Arbeiterbewegung«, »Arbeiterparteien« etc. als Sachbegriffe benutzt und nicht gegendert, wobei selbstverständlich ist, dass in deren Strukturen Frauen und Männer gleichermaßen aktiv waren und sind.